

Hildebrandt

Von: Lars Denkena [markus.kurth.lt@bundestag.de]
Gesendet: Dienstag, 4. März 2014 17:03
An: hildebrandt@interessengemeinschaft-zukunftsaehigkeit.de
Betreff: Anfrage bei Markus Kurth MdB: Rentenversicherung/Generationengerechtigkeit

Sehr geehrter Herr Hildebrandt, Sehr geehrter Herr Dr. Michael Wilde,

vielen Dank für Ihr Schreiben an Herrn Kurth. Nachstehend finden Sie unsere Bewertung der Rentenpläne von CDU/CSU und SPD.

Wie Sie in Ihrer Anfrage bereits dargestellt haben, wird die zwischen Union und SPD vereinbarte Mütterrente sowie die abschlagsfreie Rente mit 63 für langjährig Versicherte jährlich rund 10 Mrd. Euro kosten.

Trotz des geplanten Verzichts auf die Beitragssatzsenkung (zusätzliche Einnahmen bei der Rentenkasse um rund 7,5 Mrd. Euro jährlich) wird die Nachhaltigkeitsrücklage durch die neuen Leistungen bis zum Jahr 2017 fast vollständig aufgebraucht. Zur Kompensation werden die Beitragssätze ab 2018 steil ansteigen. Das Grüne Ziel, den Rentenbeitragssatz auch über 2020 hinaus und möglichst lange unter 20 Prozent zu halten, ist ernsthaft in Gefahr. Eine solche Politik ist das Gegenteil von Kontinuität, Stabilität und Planungssicherheit; Nicht nur für die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Sicherung des Rentenniveaus, sondern auch für die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt sowie für die Beitragszahlerinnen und -zahler.

Die Bundesregierung plant die Verbesserung der Rentenansprüche für Eltern mit Kindern, die vor 1992 geboren wurden. Grundsätzlich begrüßen wir diesen Schritt. Rentenanwartschaften für Kindererziehung sind jedoch eine Maßnahme des sozialen Ausgleichs und somit aus Steuermitteln zu finanzieren. Es ist ein Witz, dass die Bundesregierung erst im Jahre 2019 den Zuschuss für die Rentenversicherung erhöhen will und im ersten Jahr auch nur um 400 Mio. Euro. Dem stehen reale Kosten in Höhe von 6.600 Mio. Euro gegenüber. Zudem sollen BezieherInnen von Grundsicherung im Alter mit vor 1992 geborenen Kindern (rund 300.000) nichts von dem zusätzlichen Entgeltpunkt haben, da dieser vollständig angerechnet wird.

Wir lehnen die Rente mit 63, wie sie die Bundesregierung plant, grundsätzlich ab. Zur Flankierung der Rente mit 67 ist diese neue

Leistung ungeeignet. Vor allem Männer und nur wenige Frauen haben einen Anspruch auf die geplante Rente mit 63. Zudem profitieren nur Personen der Jahrgänge 1951 bis 1967/68. Ältere und Jüngere kommen nicht in den Genuss der neuen Leistung. Problematisch ist ferner, dass – je nach Anrechnung der Zeiten von Arbeitslosigkeit – ein weiterer Anreiz für Frühverrentungen entstehen kann. Wir kritisieren zudem die Finanzierung über Beitragsmittel.

Die Rentenpolitik der Bundesregierung missachtet die Grundsätze der Stabilität und Solidität. Union und SPD wälzen somit Kosten auf kommende Generationen ab und verstärken soziale Schieflagen.

Mit freundlichen Grüßen
Lars Denkena